

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Berbergaſſe 2) und auswärts bei allen Königl. Poſtämtern angenommen.

Danziger Zeitung.



Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angekommen 7. Oct., 6 1/2 Uhr Abends.

Berlin, 7. October. Das Abgeordnetenhaus hat in seiner heutigen Sitzung mit sehr großen Majoritäten sämtliche Amendements abgelehnt und bei namentlicher Abstimmung die von v. Forckenbeck eingebrachte und von der Budget-Commission angenommene Resolution mit 231 gegen 36 Stimmen angenommen.

Angekommen den 7. Oct. 9 Uhr Abds.

Berlin, 7. October. Die Generalversammlung des deutschen Nationalvereins zu Coburg hat einstimmig die Ausföhrung der deutschen Reichsverfassung von 1819 als ein Recht der Nation erklärt. Die Sammlungen von Beiträgen zur deutschen Flotte sollen fortgesetzt, dagegen die Ablieferung derselben an das preussische Ministerium eingestellt werden.

Landtags-Verhandlungen.

60. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 6. Oct. (Bericht über den Antrag der Budgetcommission betreffend die Erklärung der Staatsregierung vom 29. Septbr.) (Schluß.)

Abg. Dr. Simson (der Anfang durchaus unverständlich): Die ersten Jahre nach Vollendung der Verfassung, seien das Stadium der Interpretation gewesen, das noch unglücklicher war als das vor Revision, die bloß um das Mehr oder Weniger der Freiheiten gemarckt. Unter die Segnungen der letzten vier Jahre, auf die Niemand ohne Befriedigung zurückblicken könne, gehörte das, daß man von so unerquicklichen Eventualitäten fern blieb. Kaum seien diese vier Jahre eben vergangen, so wagten diese Versuche, die Verfassung zu erschüttern, sich wieder hervor. Der Redner erinnert daran, daß ein Antrag, der vor Jahren schon das Recht des Hauses in dieser Frage feststellen wollte, damals nur gefallen sei durch die Stimmen der drei Minister, die im Hause gesessen hätten. Der verewigte Minister v. Bodelschwingh, als damals eine den jetzigen Ansprüchen des Ministeriums ähnliche Interpretation des Art. 99 der Verf. gewagt wurde (von dem Ministerpräsidenten selbst), habe sich dahin geäußert, daß solche Interpretation nicht werth sei, beantwortet zu werden. Die Erklärung, die der Ministerpräsident in der Finanzcommission abgegeben, jachme den Art. 99 der Verf. mißbilligt, die Nothwendigkeit einer Uebereinstimmung der drei Factoren der Gesetzgebung besonders betont und schließlich, wenn diese Uebereinstimmung nicht zu erzielen, der Regierung das Recht vindicirt zu haben, dann nach eigenem Ermeſſen handeln zu dürfen. Was die verfassungsmäßige Stellung anberaſſe, so müsse man fragen, was nach der Verfassung zu geschehen pflege und was geschehen solle. Bei Zustande-kommen des Budgetgesetzes habe bis 1850 eine Zusammen-wirkung aller drei Factoren nicht stattgefunden und darauf scheine der Ministerpräsident jetzt hingedeutet zu haben. Er glaube wenigstens, die Erklärungen des Ministers nicht anders auffassen zu können. Niemand nehme für das Haus der Abgeordneten allein das Recht der Geldbewilligung in Anspruch. Man glaube, daß zu der Bewilligung des Hauses der Abgeordneten noch zwei andere hinzukommen müßten. Aber die Frage liege so, daß nicht drei Ablehnungen dazu gehören, um das Budget zurückzuweisen, sondern daß, wenn nur eine fehle, das Budget nicht zu Stande gekommen sei (sehr wahr). Die Bewilligung des Abgeordnetenhauses aber würde unter den obwaltenden Umständen nun und nimmer erfolgen. Die Verfassung habe ausdrücklich die beiden Grenzen bezeichnet, innerhalb deren an sich eine Verfassungs-Verletzung zulässig sein solle und diese Grenzen befänden sich in den Art. 63 und 111. Er stelle aber zu diesen von der Verfassung selbst als zulässig bezeichneten Ueberschreitungen noch eine dritte. Hätten wir ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz, so würde er sagen, daß in einem von der Verfassung nicht vor-gesehenen Falle durch das Stillschweigen der beiden Factoren die Verfassungsverletzung anlagelos und straflos gemacht werden könne. Das sehe aber ein Anklagegesetz voraus, dessen

Mangel so oft beklagt worden. Wenn Pitt im Jahre 1766 die Verfassung zerbrach, um eine ganze Bevölkerung von Hungersnoth zu retten, so konnte er mit Ruhe vor die Lan-desvertretung hintreten. Einen ähnlichen Vorgang haben wir in unserer vaterländischen Geschichte. Als General York die bekannte Convention abschloß, da war er sich wohl bewußt, daß er seine Befugniß überschritten habe; er konnte aber mit Ruhe dem Könige die Wahl lassen zwischen der Genehmigung seines Abschlusses und seinem greifen Kopfe. (Hört! Hört!) Wenn ein Minister sich einer solchen criminalrechtlichen Verantwortlichkeit gegenüber wisse, dann möge er wagen, aus der Verfassung her-aus zu treten (Beifall), sonst werde dadurch der gesunde Menschenverstand und das sittliche Gefühl der Nation ver-wundet. Der Interpretation des Minister-Präsidenten gegen-über würde er sich fragen, wie der Urheber der Verfassung Friedrich Wilhelm IV. bei solcher Auffassung dahin kommen konnte, bei der Beschwörung der Verfassung zu sagen: es komme darauf an, daß die Erfahrung ihn erst überführe, daß sich mit einer solchen Verfassung regieren lasse. Wer mit ei-ner solchen Verfassung nicht regieren könne, den müsse er als ein wahres Muster von Unfähigkeit hinstellen (Heiterkeit). Er fühle den Ernst der Lage, und das Haus stehe in der Ver-theidigung der Verfassung auf dem Boden, den er und seine Freunde früher allein behauptet hätten. Das schließe nicht aus, daß er dem Antrage der Commission einen andern An-trag gegenüber gestellt habe, in Anschauung dessen man sich der Erkenntniß unmöglich verschließen könne, daß er die staats-rechtliche Grundlage präciser ausspreche, als der Antrag der Commission. Das Petition seines Antrages fordere nicht das Unmögliche. Er fordere die gesetzliche Regulirung der Hee-rereform, weil er sich sagen müsse, daß die Regierung im andern Falle Ausflucht hätte, den Credit vom Hause bewilligt zu erhalten. Wenn er sich nun frage, was man der gegen-wärtigen Lage der Dinge gegenüber zu befürchten oder zu er-warten habe, so spreche er seine Ueberzeugung dahin aus, daß man gutes Muths sein dürfe. Den Absolutismus habe kein zufälliger Vrgang des Jahres 1848 beseitigt. Der Ab-solutismus sei schon zu Ende gewesen mit dem Erlaß der vielbesprochenen Verordnung vom Jahre 1815. Wenn er dennoch ein ganzes Menschenalter unter uns geherrscht habe, so sei das geschehen unter Preisgebung der großen Aufgaben unseres Staatslebens, die er zu erfüllen nicht mehr vermocht habe. (Beifall.) Der Absolutismus habe damals nicht ge-wagt, diese großen Aufgaben zu lösen, ohne eine Landesver-tretung. Er glaube deshalb nicht, daß man es im Ernst ver-suchen könnte, den Absolutismus heute zu rehabilitiren, und die Aufgaben unseres Staatslebens gegen die Volksvertretung durchzuführen. (Beifall.)

Abg. v. Hennig (Straßburg): Es wäre tragisch, sollte Preußen in heftige Zustände gerathen, sollte unser König mit einem Kurfürsten Wilhelm auf dieselbe Linie kommen. — (Die Unruhe im Hause wird so groß, daß nach einer War-nung vor einer „Politik à la Fiesco“, die es für „namenlos groß“ hält „eine Krone zu stehlen“, gar nichts mehr zu ver- stehen ist. Im Gehen richtet der Redner dann noch einige Worte an die Minister, deren letztes etwa ist: Nicht stark, sondern ohnmächtig werde Preußen durch dieses Ministerium. Staatsminister v. Bismarck: Die Zeit sei wohl schon zu weit vorgerückt, als daß er mit der ausführlicheren Erklä-rung, welche die Regierung beabsichtige, jetzt vor das Haus treten solle. Auch er wünsche jetzt eine Vertagung. Er werde morgen die Erklärung der Regierung abgeben.

Deutschland.

△ Berlin, 6. October. Nachdem heute der Referent v. Forckenbeck so präcise wie geschickt vor dem wieder zahl-reich versammelten Abgeordnetenhause und vor überfüllten Tribünen, namentlich vor einer vollständig besetzten Tribüne des Herrenhauses, seinen mündlichen Bericht für die von der Budgetcommission in Aufhebung der 1863er Jahresausgaben entworfene Resolution vorgetragen hatte, sprachen für den Commissionsantrag Waldeck, Lüning, Gneist, v. Hennig und dagegen Reichensperger (Weldern), v. Vinke, Osterrath und Simon. Reichensperger erklärte den Reigen und v. Hennig schloß ihn, ohne daß die Staatsregierung, die unter Vorsitz des Herrn v. Bismarck anfänglich sehr zahlreich vertreten

Leben sehen, immerhin unser Mitleid im höchsten Grade wach-rufen. Aber eben darum gehört Glend, ohne jeden Zug, der uns darüber erhebt, nicht auf die Bühne. Wenn trotzdem be-deutendere Künstler für diese Rolle des unglücklichen Dichters eine gewisse Vorliebe zeigen, so ist das wohl erklärlich. Die allmähliche Entzweiung des Gemüths bis zum vollendeten Wahnsinn, und dann wiederum in dem kindischen Blödsinn des Greises das allmähliche Erwachen der gesunden Erinne-rung darzustellen: das ist zwar keine Kunstleistung im eigent-lichen Sinne, aber doch ein ganz interessantes Experiment, um darin sein Talent leuchten zu lassen.

Herr Alberti (Heinrich) gab sich große Mühe, die auch Anerkennung fand. Der einzige Character des Stückes, welcher ein lebhaftes Interesse rechtfertigt, ist der des Chevaliers v. St. Eval, der unter der Maske der Blüthezeit einen gesun-den Verstand und ein gesundes Herz verbirgt. Er wurde gestern von Herrn Ulrich, seinen Grundzügen durchaus ent-sprechend, dargestellt. Auch Herr Reuter machte aus der kleinen Rolle des Geheimraths das gelungene Bild eines kleinen, trockenen, aber da ei gutmüthigen Bureaukraten. Ueber die anderen Rollen haben wir nichts Wesentliches zu bemerken. Jedoch dürfen wir es nicht verschweigen, daß wir gestern in Frä. Lüd t (Henriette) eine junge Dame mit sehr hübschem Talent für muntere Naivität kennen lernten.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inſerate nehmen an: in Berlin: A. Metemeyer, Kurſtraße 50 in Leipzig: Heinrich Hübner, in Altona: Haafenſtein u. Vogler, in Hamburg: J. Lütkeſch und J. Schöneberg.

war und später immer nur einen Minister am Ministertische als Schweigenden zeigte, irgend einen Laut von sich gab, ohne daß die provocirenden Worte, welche der Persönlich-keit des Herrn v. Bismarck durch Herrn v. Vinke geschenkt wurden, einer Antwort gewürdigt wurden, indem sie kaum ein Lächeln auf den Gesichtszügen des angegriffenen v. Bis-mard hervorriefen. Selbst der Kriegsminister der bis-her so gewohnt war, jedem Redner zu repliciren, schwieg, wenn auch auf seinem Gesichte der ungewohnte Zwang des Schweigens sich nicht verkennten ließ. Dieses totale und un-heimliche Schweigen der Regierung, das selbst bei den nach 3 Uhr beginnenden und mehrmals deshalb gerade abgelehnten Schluß- resp. Vertagungsanträgen sich fortsetzte, führte zu der Ueberzeugung, daß die Regierung selbst oscillire und da-her neue Rathschläge der Krone unterbreite und mit ihr über solche verhandle. Wie man sagt, haben letztere Unterhandlungen zwischen dem Ministerialconferenzzimmer im Abgeordnetenhause und dem Königl. Palais lebhaft stattgefunden, aber bis zum Schluß der Debatte, welcher durch das Verziehen vieler Red-ner sich rasch näherte, zu keinem Resultate, d. h. zu keiner veröhnlichen Ansprache des Herrn v. Bismarck an das Haus geführt. — Die Debatte, die Anfangs lahm ging, da Waldeck nur im ersten Theile der Rede sehr gut sprach, Reichensperger und Osterrath in schwachen Deductionen sich ergingen, selbst Vinke nur in der Zeichnung der Persönlichkeit des Ministerpräsidenten Interesse erregte, erreichte erst um 2 Uhr einen würdigen Hö-hepunkt in der so bereiten wie staatsmännischen und patriotischen Rede des Dr. Gneist, welche in der Simon'schen Rede, die sie in der Materie noch ergänzte und das Vinke'sche Amendement wohl nur aus eitlem Formliebe verteidigte, noch ein Relief bekam. Das Haus fühlte richtig die Reife der Frucht, es lehnte die Vertagung ab und war bereit, abzustimmen; zweifelsfrei war, daß die Amendements von Vinke, Osterrath und Reichensperger fielen und dann eine an Stimmen-einheit grenzende Majorität für den Commissionsantrag ge-stimmt hätte. Wir beklagen, daß es hiezu heute nicht gekom-men ist, und daß Vinke und Gneist die Zeit der Rede des Hr. v. Hennig (der nicht auf sein Wort verzichtete) benutzten, um der Regierung bei Erbauung der von ihr gewünschten Vertagungsbrücke zu helfen. — Kurz, die Mehrheit des Hau-ses ließ sich in dieser Zwischenzeit einflüstern, daß es so gen-til wie opportun sei, dem Ministerium bis morgen Zeit zu lassen, um von der Krone Concessionen zu erlangen. Die Mehrheit überließ, daß eine heutige Abstimmung ein viel besserer Drücker auf die Regierung u. s. w. sein könnte und daß sie nicht wüßte, was von den angeblichen Unterhandlun-gen wahr wäre, was diese klingen würden und daß sie ris-irte, morgen in ihrer Totalität geschwächt zu werden; die Mehrheit ging auf den Vertagungsantrag, den kein Abgeord-nete, sondern — der so gefürchtete Ministerpräsident in stot-ternder und unmotivirter Weise stellte, ein. — Wir wollen wünschen, daß die Kammer diesen Vertagungsbeschuß nicht zu beklagen haben wird!

Frankreich.

Paris, 3. October. Es heißt, der Kaiser von Frank-reich habe seine Absicht, Deutschland einen Besuch zu machen, nicht aufgegeben. Man schreibt mir, die Verwirklichung die-ser Absicht bleibe dem Ausgange der preussischen Kriege unter-geordnet. — Herr Bismarck-Schönhausen soll in Paris den Eindruck hinterlassen haben, daß er gewillt sei, sich mit der liberalen Partei zu verständigen. Diese Hoffnung wird sich aber erst noch zu bewahrheiten haben. Für den Pariser Po-ſten wird fortwährend Herr v. d. Goltz genannt.

Danzig, den 8. October.

* [Gerichtsverhandlung am 6. October.] Der am 22. Februar so bedeutend bestohlene Lederhändler Isaac Ro-senfeld steht heute unter der Anklage des einfachen Bankrotts vor Gericht. Wir erinnern uns noch sehr lebhaft der mit mächtigen Lettern bedeckten Anschlagzettel, worin Rosenfeld den mit großer Frechheit ausgeübten Diebstahl bekannt machte, und 500 Thlr. Belohnung demjenigen zusicherte, welcher den Thäter zur Anzeige brächte. Die in Bezug auf den Diebstahl sehr sorgfältig geführt: Untersuchung hat zu irgend einer Spur des Diebstahls nicht geführt und die Anklage bezeich-net ihn als einen fingirten. In dem am 26. Februar a. e. eingeleiteten Concurſe hat sich eine Passivmasse von 20,432 Thln. ergeben. Die Activa betragen 7067 Thlr., wodurch die Insufficienz feststeht. Durch den sogenannten Wodurch ist ein Verlust von über 6000 Thlr. herbeigeführt. Die Hand-lungsunkosten und Haushaltungs-kosten für 14 Monate sind vom Angeklagten auf 6633 Thlr. angegeben. Das Geschäft, welches überhaupt nur 14 Monate währte, war im Schwange. Der Waarenumsatz betrug im Jahre 1861 40,000 Thlr. bis 45,000 Thlr. und in den Monaten Januar und Februar d. 3. kaufte Angeklagter für 26,000 Thlr. Waaren, welche meis-tens wieder gegen Baar verkauft wurden. Mit welchen Mit-teln das Geschäft begründet worden, ist von dem Angeklagten nicht nachzuweisen, dagegen steht es fest, daß sofort ein aus-gedehntes System des Wechselverkehrs bis zur völligen Erschöpfung des Credits begann. Mit dem Gelde zugleich sind dem Angeklagten angeblich auch dessen Handlungsbücher und zwar das Hauptbuch und Cassabuch gestohlen worden, die noch aufgefundenen Handlungsbücher sind aber so mangelhaft geführt, daß sie eine Vermögensübersicht nicht gewähren. Eine Bilanz ist nicht gemacht worden. Der Angeklagte bestreitet vorweg, Zahlung eingestellt, noch seine Zahlungsunfähigkeit erklärt zu haben, behauptet vielmehr, daß er seine Verbind-lichkeiten bis zu seiner am 23. Februar erfolgten Vertagung prompt erfüllt habe. Nach derselben habe jede Zahlung auf-gehört und der Concurſe sei auf Antrag einiger Gläubiger eingeleitet worden. Da die Staatsanwaltschaft diesen Ein-wand nicht entkräften konnte, beschloß der Gerichtshof, die

Stadt-Theater.

*** „Corbejer Geschichte und Bettelstab.“ Wann wird diese trostlose Sammergeschichte endlich von dem Repertoir unserer Bühnen verschwinden? Darauf zu bleiben hat sie nicht den geringsten Anspruch. Der Verfasser hat sich die Leiden eines Dichters, insbesondere des deutschen Dichters zum dra-matischen Thema gewählt; er will uns glauben machen, daß hier eine an sich schöne und edle Natur durch die Verhält-nisse zu Grunde gerichtet wird. Das ist aber eine großar-tige Unwahrheit. Der Dichter Heinrich ist in der That eine unschöne und unedle Natur, die durch eigene Schuld verkommen und nicht klein als dichterische, sondern in jedem Lebens-verhältnis verkommen würde. Sollen wir an den Kämpfen des Dichters mit der Prosa des Lebens Interesse nehmen, dann muß er wenigstens eine Art von Character, eine Spur von Willenskraft zeigen. Die Pflicht, durch Arbeit seine Exi-stenz in der Gesellschaft zu sichern, ist eine schlechthin allge-meine, und die Theorie, daß ein gewisser Gesesadel von dieser Pflicht entbinde, ist nachgerade ebenso abgeschmackt ge worden, als die, welche dem Geburtsadel das Privilegium der Arbeitslosigkeit wahren will. Es mag ferner psychologisch richtig sein, daß Eitelkeit und Egoismus bei trauriger Phya-nasterei durch Demüthigung und den Druck der äußeren Noth zur Verzweiflung und zum Wahnsinn getrieben werden; es mag endlich dieser Prozeß der Entwicklung, wo wir ihn im

